

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Benda, Borsdorf, Cöna, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudtitz, Thyra ufm.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Vertrieb wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatl. Mk. 1750.— ohne Anzeigen, Post einchl. der Postgeb. monatl. freibl. Mk. 2000.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 Spalten, 10 Zeilen 120.— Mk. auswärts 150.— Mk. Ankl. Teil Mk. 240.—, Ankl. Teil Mk. 300.—, Beilagegeb. Nummer Mk. 3000.—, Schwerl. 50%, Aufschlag. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Bestimmungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Auslegern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 59

Sonntag den 20. Mai 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

In der gestrigen 8. diesjährigen Sitzung des Stadtgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Zu dem Gesuch der Firma Walthar & Arnhold N.-G. um Anbringung von Glasbausteinen in Umfassungsmauern wurde Ausnahmebewilligung bewilligt. Gegen den Ausbau eines Obergeschosses auf das Wohnhaus des Herrn Kaufmann Simon Kaspermann Langestraße 66 waren keine Einwendungen zu erheben.
2. Von der Anstellung des Schornsteinlegemeisters Herrn Karl Samerski aus Leipzig als Bezirksschornsteinlegemeister nahm man Kenntnis.
3. Es wurde davon Kenntnis genommen, daß dem Bürgermeister die Befugnis zur Ausstellung von Leichenpässen übertragen worden ist.
4. Der Sparkasseneinlagenzinsfuß wurde ab 1. Juli auf 5%, der Hypothekenzinsfuß auf 12%, erhöht.
5. Ein Antrag zum 12. Nachtrag zu den Sparkassenstatuten fand Genehmigung.
6. Herrn Bauunternehmer Vieredel in Leipzig wurde die Genehmigung zur Ausführung der Schulanlagen für das Bergmann'sche Grundstück Wehlstraße 21 erteilt.
7. Wegen Errichtung einer Preisprüfungsstelle in Naunhof fand eine längere Aussprache statt. Die letzte Einrichtung soll als Preisprüfungsstelle ausgestaltet werden.
8. Wegen Veränderung der Bestimmungen über die Durchfuhr der Dünger und Saugengruben in der Stadt Naunhof soll nochmals Bericht erstattet werden.
9. Ueber 2 Gesuche um Aufenthaltsgenehmigung von Ausländern wurde Entscheidung gefaßt.
10. Ein Gesuch der Erwerbslosen um Bewilligung von Beihilfen und Freimachung von Arbeitsstellen kam zum Vortrag. Die Volltage der Arbeitslosen wurde allseitig anerkannt. Es konnten aber irgendwelche Zuerkennungen hinsichtlich der Besoldung der reichsgerichtlichen Bestimmungen zugunsten der Bewerber, nicht bewilligt werden. Im übrigen soll die Angelegenheit geordnet werden.
11. Die Beschlüsse des Schulausschusses vom 14. d. M. wurden genehmigt.
12. Die Beschlüsse des Feuerlöschausschusses vom 11. d. M. wurden genehmigt. Sie betrafen u. a. die Vorlegung des Haushaltsplanes für den Feuerlöschdienst, die Bewilligung eines Berechnungsgeldes für die freiwillige Feuerwehr anlässlich des Verbandstages und eine Aussprache wegen Einführung einer Feuerwehrgebühr, sowie die Kenntnisnahme von dem Jahresbericht der freiwilligen Feuerwehr.
13. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 15. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von einer Zusage der Verwaltung der städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke in Borna wegen Zusammenstoß zu einem Gemeindeverbande für eigene Feuer- und Betriebsversicherungen (grundsätzlich erklärte man Einverständnis), die Bewilligung des erhöhten Mitgliederbeitrags für den Arbeitgeberverband, die Kenntnisnahme von einer Zusage des Arbeitgeberverbandes und einer Verordnung des Ministeriums wegen Lohn- und Besoldungsangelegenheiten, die bedingungsweise unentgeltliche Lieferung von Wasser für den Friedhof, die Annahme des 13. Nachtrags zur Gemeindehaushaltsordnung über Erhebung von Sonderzuschlägen zur reichsgerichtlichen Wohnungsbaubauabgabe, die Festsetzung der Gebühren für solche vorübergehend hier aufhältliche Personen, die Grundbesitz hier haben, die Aufstellung der Pachtpreise für städtische Felder und Wiesen ab 1. Oktober 1923.
14. Die Beschlüsse des Ausschusses für das Elisabethkloster vom 7. d. M. wurden genehmigt. Es handelt sich hierbei um die Verpachtung der Grasnutzung und um den Ankauf der vorhandenen Einrichtungsgegenstände.

Außerdem nichtöffentliche Sitzung.
Naunhof, am 18. Mai 1923. Der Stadtgemeinderat.

Zuschläge zur Grundmiete.

- Auf eingelegte Beschwerde und nach einstimmigem Beschlusse des von der Amtshauptmannschaft hierzu berufenen Ausschusses sind die für die Zeit vom 1. April 1923 ab gültigen Zuschläge zur Grundmiete in folgender Weise festgesetzt worden:
- a) für die Steigerung der Mieten der vorkriegszeitlichen Bewilligung und der Kosten für Erneuerung dieser Bewilligung 50 p. h. der Grundmiete,
 - b) für Betriebskosten 13850 p. h.
 - c) für laufende Instandsetzungsarbeiten 5000 p. h.
 - d) für große Instandsetzungsarbeiten 2500 p. h.
- Insgesamt als Gesamtsomme der Zuschläge 21400 p. h. ergibt.
Naunhof, am 19. Mai 1923. Der Bürgermeister.

Volksernährung und Siedlung.

Zu den soeben gleichsam als amtliches Programm der deutschen Sozialdemokratie bekanntgegebenen Plänen zur Siedlung des landwirtschaftlichen Bodenertrages und der Siedlungsmöglichkeiten wird uns von besonderer volkswirtschaftlicher Seite geschrieben:

Dem deutschen Volke hat der Verfasser der Pläne einen großen Teil jener Gebiete gerettet, die die Hauptmenge der für uns notwendigen Lebensmittel produzierten. Diese Ackerbaugebiete, Bosen und Wälder, haben im Frieden einen Anteil von über 18 % an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion in Deutschland geliefert. Das alles ist jetzt weggefallen; vor allem ist aber auch der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion pro Hektar auf durchschnittlich 1/2 des Friedensniveaus zurückgegangen. In vielen Gegenden des Landes sogar noch weit mehr, weil die Kosten für eine intensive (die höchstmöglichen Erträge erzielende) Bodenbewirtschaftung immer unerschwinglicher werden.

Ohne genug ist als das Hauptproblem der deutschen Zukunft die Lösung der Ernährungsfrage hingestellt worden, eine Lösung, die nur durch eine Intensivierung

der Betriebstechnik erreicht werden kann. Eine Lebensfrage ist es, weil wir für viele hundert Millionen Goldmark Lebensmittel im Auslande angekauft haben und ankaufen müssen, Summen, die auf Kosten des Aktivums unserer Handelsbilanz gehen.

Rebender läuft das Siedlungsproblem. Leider ist diese Frage, die natürlich auch ihre bevölkerungspolitische Seite hat, aber doch vor allem ein volkswirtschaftliches Problem ist, allzu oft und allzu sehr ein Gegenstand parteipolitischen Interesses geworden und ihre Behandlung wurde unter diesen Gesichtspunkt gestellt. Das ist so verkehrt wie möglich. Bei der Beurteilung dieser Frage kommt es nur darauf an, welche Formen des landwirtschaftlichen Betriebes die volkswirtschaftlich rentabelste ist.

Pfingsten.

Der harte Winter ist vergangen,
Beynungen von dem Sonnenschein,
Es jog mit Wägen und mit Tragen
Gediegen der junge Frühling ein;
Der Gottesgeist sank herrlich nieder
Zoll Segen über Feld und Flur,
Die Vögel jauchzen ihre Lieder,
Ihr Pfingsten feiert die Natur.

Da regt es Mill sich in den Herzen
Und fromme Sehnsucht will darin
Entzünden ihre Felerkerzen,
Der ganzen Menschheit zum Gewinn:
Und von des Hellen Reich durchdrungen,
Nehmen wir, das dange Herz geschweilt,
Daß Gottes Geist mit Feuerzungen
Wie einstens rede zu der Welt.

Was soll der Streit auf deutschem Grunde,
Der uns mit Untergang bedroht?
Was schlagen wir uns Mund um Wunde,
Indes das Vaterland in Not?
Leicht ist es: führen — führen: errichten,
Dum wehe dem betrienen Schwarm:
Er wird entfremdet seinen Pflichten,
Wird unzufrieden, glücklos, arm.

Welpfingsten werd' es! Immer wehe
Zum Bruderkampfe sich der Stahl,
Es sei der Streit der Gegenseite
Geschlichtet ohne Blut und Qual!
Ein jeder geh' froh Mäh und Plage
Den Weg, den ihm die Liebe weilt,
Tu' seine Pflicht, und jeder trage
Im Herzen fromm den heil'gen Geist!

Anton Chorn.

Das scheint bei dem im Vorwärts veröffentlichten sozialdemokratischen Vorschlag zur Siedlungsgesetzgebung nicht in gebührender Weise beachtet zu sein. Zwar sagt der Vorschlag, daß das Ziel der Bodenverteilung und Bodenbewirtschaftung die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages sein müsse und von diesem Grundsatze ausgehend die Frage der Betriebsgröße je nach der Verschiedenartigkeit der Bodenbeschaffenheit, des Klimas und der Möglichkeiten der Bodenbearbeitung zu beurteilen sei, aber schon die Bestimmung, daß die Privatbesitzer von mehr als 750 Hektar landwirtschaftlich oder 100 Hektar forstwirtschaftlich benutzten Bodens den über-schießenden Teil an das Reich abzutreten haben, ist eine Uniformierung dieses Vorschlages.

Die Frage der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe je nach ihrer Größe ist seit dem Jahre 1919 Gegenstand zahlreicher Untersuchungen geworden, und jede neue Untersuchung hat bestätigt, daß der für die Ernährung des Gesamtvolkes in Frage kommende Ertrag mit der Größe des Betriebes wächst. Auch von sozialdemokratischer Seite ist zugegeben worden, daß gerade die Betriebe von über 750 Hektar es gewesen sind, die im Kriege und nach dem Kriege, als noch die Landwirtschaft im Zeichen der Zwangswirtschaft stand, verhältnismäßig weit größere Beiträge an Erzeugnissen dem Ernährungsbedarf des deutschen Volkes zur Verfügung gestellt haben, als die mittleren und namentlich die kleineren Betriebe zu leisten vermochten. Von dem Schlagwort: „Dorf an Dorf, von der Rhein bis zum Rhein“, wie man es vor 1914 so oft hörte, sind sogar die Väter dieser Forderung aus volkswirtschaftlichen Gründen längst abgerückt, denn die Verwirklichung dieses Satzes würde eine außerordentliche Minderung des Gesamtenergies der deutschen Landwirtschaft bedeuten. Nun ist allerdings bisher der mittlere und kleinere landwirtschaftliche Betrieb Hauptträger der Fleischproduktion gewesen; doch läßt sich noch gar nicht übersehen, wie die wirtschaftlich-rentable Entwicklung dieser Betriebsform unter dem Einfluß der Kapitalnot werden wird. Wenn der Vorwärts in seiner Begründung zu dem Vorschlage fordert,

„den Grund und Boden der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und ihn in den Dienst der Volksgemeinschaft überzuführen“, so stehen hier die beiden oben angebeuteten Gesichtspunkte: Bevölkerungspolitik und volkswirtschaftliche Ertragsförderung stark auseinander.

Wenn es in dem Vorschlag weiter heißt, daß bei der Verwertung des landwirtschaftlichen Bodens nach Möglichkeit die Bedürfnisse der Siedlung zu berücksichtigen sind, und zwar in ihren verschiedenen Formen, daß z. B. auch genossenschaftliche Siedlungen in Form von Produktionsgenossenschaften eingerichtet werden sollen, so stehen auch hier Idee und Wirklichkeit hart aufeinander. Je weiter und in je kleineren Teile der Boden aufgeteilt wird, je größer die Zahl der Beteiligten ist, desto größer sind auch die mit der Natur solcher Genossenschaften notwendig verknüpften Schwierigkeiten bei der Ausgleichung der keineswegs immer parallel laufenden Interessen. Zwangsgenossenschaften haben noch niemals zu großen wirtschaftlichen Erfolgen geführt, und die landwirtschaftliche Zwangsgenossenschaft, wie sie in Gestalt des „Wir“ in Russland bestand, ist durch die stalinistische Agrargesetzgebung schon vor 20 Jahren beseitigt worden!

Zweifellos enthält der sozialdemokratische Vorschlag über die Ausgestaltung der Pachtgesetzgebung, über die Forderung eines Kleinpachtlandgesetzes, über Heimstätten- und Gartenpolitik eine ganze Reihe guter Gedanken. Aber man hat auch seine großen Bedenken dagegen, wenn z. B. vorgeschlagen wird, daß bei jedem Grundstücksverkauf dem Reiche, dem Staate oder der Gemeinde ein Vorkaufsrecht zu sichern ist. Das bedeutet weiter nichts als den Versuch einer Zwangssozialisierung, die überaus leicht ist, weil aus Grund dieses Rechtes praktisch jeder Verkäufer zu einer schließlichen Auffassung des Besitzes an das Reich usw. gezwungen werden kann. Auch die Forderung, bei einer Veranschlagung der Ausnutzung des Bodens durch den Besitzer, diesem die Bewirtschaftung zeitweise oder dauernd zu entziehen, oder gar den Betrieb ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zu enteignen, reicht weit über das hinaus, was das volkswirtschaftliche Interesse verlangt. Und noch mehr gilt das von der Forderung — die allerdings nur in der Begründung des Vorschlages enthalten ist — daß die Großgrundbesitzer im Osten und Süden des Reiches glatteweg enteignet werden sollen, da es für „ihre Erbschaft keinerlei politische, soziale und moralische Rechtfertigung gibt, da sie keinerlei volkswirtschaftlich wertvolle Arbeit leisten“. Dies wird aus einzelnen unerfreulichen Erscheinungen ein Schluß gezogen, den man schließlich auch auf jeden andern Großbetrieb übertragen kann.

Der frühere sozialdemokratische Landwirtschaftsminister und jetzige Ministerpräsident Braun hat einmal bringt vor den „programmatischen“, d. h. Schlagwortforderungen einer Gütererschlagung gewarnt und damit bewiesen, daß auch für ihn bei Eindringen in die Materie die zurzeit wichtigste Frage des ganzen Problems, nämlich die allgemeine volkswirtschaftliche Ertragsfähigkeit, die maßgebende ist. Auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratie im vergangenen Jahr hat der bekannte Vorsitzende des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes Krüger gleichfalls diese Warnung vor phantastischen Plänen auf dem Gebiete der Landwirtschaft eindringlich wiederholt.

Wenn erst diese Frage der Volksernährung in wirtschaftlich rentabelster Form gelöst ist, werden wir auch daran gehen können, die bevölkerungspolitische Seite des Problems einer Lösung zuzuführen, der sich auch die bürgerlichen Parteien nicht entziehen werden.

Das Jubiläum der Paulskirche.

Zum Gedächtnis des Frankfurter Parlaments.
w. Frankfurt, 18. Mai.

Mit einer großen nationalen Feier wurde heute in Frankfurt die 75. Wiederkehr des Jahrestages der Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung begangen. Dazu waren erschienen Reichspräsident Ebert, Reichsminister Dr. Brauns, Reichsminister Oeser, der preussische Ministerpräsident Braun und mehrere Staatsminister sowie Vertreter der Regierungen der Länder mit Ausnahme von Bayern, ferner Reichstagspräsident Lohde sowie Vertreter aller Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten und der Deutschnationalen, Vertreter und Abgeordnete sämtlicher deutschen Parlamente.

Die Feier vollzog sich unter lebhafter Beteiligung der Einwohner von Frankfurt, die in dichten Massen den geräumigen Platz am Römerberg und die zu ihm führenden Straßen besetzt hielten und ihre Teilnahme an der Feier auch in dem reichen Flaggensturm zum Ausdruck gebracht hatten. Der Reichspräsident mit den übrigen Gästen traf im Sonderzug ein und wurde dort von den Vertretern der staatlichen und städtischen Körperschaften begrüßt. Um 11 Uhr versammelten sich die geladenen Gäste in den historischen Räumen des Römer, wo im Kaiserpaal die Begrüßung durch den Oberbürgermeister Dr. Voigt erfolgte.

Die Ansprachen.
Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister sprach zuerst Reichsminister Oeser. Er sagte u. a.: „Das, was wir heute hier erleben, ist ein Stück der lebendigen Geschichte Deutschlands. Als 1848 vorbei war und 1849 kam, wer hätte damals geahnt und gedacht, daß die Völk-

Heute wurden für
amt 16361 Stimmen,
ins 13034 Stimmen
erhielten also gegen-
die Liste des Freien
niger.
30. Juni aus seinem
Dr. Kerschmar wird
eifriger und demokra-
Er entwickelte am
Stadtkonventionen sein
morgen Freitag voll.
del.
erte?
13. 5.
geflucht | angeh.
16458,75 | 16541,25
7905,18 | 7944,88
11196,93 | 11253,07
6882,75 | 6917,25
7640,85 | 7679,15
42194,25 | 42405,75
195280,6 | 196239,8
2807,98 | 2822,04
2419,93 | 2432,07
2059,83 | 2070,17
60,34 | 60,66
8,10 | 8,16
1266,82 | 1273,18
89-90 Bl.
brig. — Kirchenmusik:
Mitgliedern des Jung-
in der Kirche.
5. Pflanz Kohne,
einen milden Regen“,
vom freien Kirchenvor-
den sch. Landeskir-
Eule in Naunhof
licht
niedrigen
zudecken:
de), Tüchchen
striftohemden,
Socken (bunt),
Hemden,
kurzerhemden,
n., -Lätzchen,
Strawatten;
artenstr. 36.
Platze!
-Speisen.
bewährte
Fabrikate.
mpfehl
ße 21
Handlung.
Rotwein-
flaschen
to Konrad.
erhaltene
bettstelle
ucht. Offerten unter
an die Exp. ds. Bl.
u. billig Buch-
Güng & Eule.
ft nach kurzem
iger
elpzig.
7.
Schwester.
1 Uhr von